



Presseschau vom 21.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

snanews.de: **Nicht Kuba-Krise wiederholen: „Rossiya Segodnya“-Chef warnt Westen vor Fehlern in Ukraine-Konflikt**

Der russische Journalist und Generaldirektor der Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya, Dmitri Kisseljow, hat den Westen vor einer Wiederholung der Kuba-Krise in der heutigen Situation mit der Ukraine gewarnt. Ihm zufolge wird Russland gezwungen sein, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, sollte die Nato die Warnungen Moskaus nicht ernst genug nehmen. ... <https://snanews.de/20211220/rossiya-segodnya-chef-warnt-westen-vor-fehlern-in-ukraine-konflikt-4757640.html>

Rüdiger Rauls: **Der Westen im Jammertal – Was bleibt von den Drohungen gegen China und Russland?**

Was bleibt von den Drohungen gegen China und Russland, was von dem mit großem Tamtam angekündigten "Demokratieipfel"? Wenig, die Ergebnisse sind eher ernüchternd. Biden und seinen Leuten geht es nur um Kosmetik für die Leute zu Hause. Sie sollen das Gefühl haben, dass die USA wieder die Hauptrolle auf der Weltbühne spielen. ... <https://kurz.rt.com/2ra4>

Seyed Alireza Mousavi: **Eine Analyse: Präsidentschaftswahl in Libyen steht doch auf der Kippe**

Wie schon erwartet, wurde die geplante Präsidentschaftswahl in Libyen auf Eis gelegt, obwohl eine offizielle Ankündigung der Regierung zur Absage der Wahl bislang ausbleibt. Ebenso bleibt diesbezüglich unklar, warum die UNO und der Westen zuvor auf die Durchführung der Wahlen gedrängt hatten, obwohl Libyen bereits polarisiert ist.

<https://kurz.rt.com/2rc1>

de.rt.com: **30 Jahre Gemeinschaft Unabhängiger Staaten**

Am 21. Dezember vor 30 Jahren unterzeichneten die Obersten Vertreter von 11 der 15 Sowjetrepubliken die "Erklärung von Alma-Ata" und gründeten damit die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Was als hoffnungsvoller Neuanfang getarnt war, erwies sich schnell als der Todesstoß für das sowjetische Riesenreich. Ein Blick zurück auf eine große Täuschung. ...

<https://kurz.rt.com/2rco>

abends/nachts:

snanews.de: **„Einseitige Zugeständnisse kann es bei Sicherheit nicht geben“ – Russlands Botschafter in Berlin**

Der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, hat die Forderung des Westens nach einseitigen Zugeständnissen vonseiten Moskaus als Illusion bezeichnet, aber auch auf die Offenheit Russlands für einen Dialog hingewiesen. Laut dem Botschafter sind jedoch die historischen Erfahrungen Russlands mit Zugeständnissen zu berücksichtigen.

Ein Zeichen für die russische Dialogbereitschaft sei etwa der Videogipfel von Russlands Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Joseph Biden am 7. Dezember gewesen, sagte der russische Botschafter im Interview mit der Schweriner Volkszeitung am vergangenen Sonntag. Für einen Dialog sei Russland also offen, doch bevor man ins Verhandeln komme, „könnten unsere westlichen Partner meiner Meinung nach zunächst einmal damit aufhören, Emotionen um die Ukraine hochkochen zu lassen und imaginäre russische Invasionspläne an die Wand zu malen. Die gibt es nicht. Die kann es unmöglich geben“, so Netschajew.

Was es aber gibt, sind Russlands „rote Linien“. Worum es sich dabei handelt, erklärte der russische Botschafter so: „Es geht um die Unzulässigkeit der Nato-Erweiterung, ganz zu schweigen von deren militärischer Präsenz nahe unserer Grenzen. Auch gibt es Bedarf an verlässlichen rechtlichen Sicherheitsgarantien – die übrigens ganz legitim sind und sich direkt aus dem Grundsatz der unteilbaren Sicherheit im transatlantischen und gesamten OSZE-Raum ergeben. Die Sicherheit darf nicht einseitig sein. Sie darf nicht zu Lasten anderer gewährleistet werden. Sicherheit ist unteilbar.“

„Guten Willen nicht mit Schwäche verwechseln“

Dies hätten ja schon die renommierten deutschen Politiker und Experten mit ihrem Appell nach dem Durchbrechen der gegenwärtigen Eskalationsspirale im Sinn gehabt. In der Tat seien der Gesprächsbedarf enorm und die Sicherheitsprobleme zahlreich.

„Es wäre jedoch illusorisch, einseitige Zugeständnisse von Moskau zu erwarten. Denn gerade diese haben im Westen, wie wir aus der Geschichte wissen, in hohem Maße das Gefühl entstehen lassen, man sei uneingeschränkt mächtig. Unseren guten Willen verwechselte man mit Schwäche.“

Dennoch bestehe die Gesprächsbereitschaft weiter fort. „Ich betone, dass Russland bereit ist, sowohl mit den EU-Staaten als auch mit den USA faire und von gegenseitigem Respekt geprägte Beziehungen im Sinne der Gleichberechtigung zu pflegen. Diese Haltung versprechen wir uns auch von der neuen Bundesregierung. Allen Schwierigkeiten zum Trotz hoffen wir, mit ihr eine konstruktive Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene aufbauen zu können. Es gibt allen Grund für Optimismus.“

Sicherheitsangebot an die Nato

Das Außenministerium in Moskau hatte am vergangenen Freitag Entwürfe von Sicherheitsverträgen an die USA und die Nato gerichtet. Die vorläufigen Dokumente enthalten Sicherheitsgarantien, wonach die nordatlantische Allianz fortan auf die Erweiterung in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll. Damit einhergehend soll das westliche Militärbündnis auch seine militärischen Aktivitäten in Osteuropa, in der Ukraine, im Südkaukasus sowie in Zentralasien einstellen. Diese Vorschläge nicht zu beachten, könnte laut dem russischen Außenministerium zu einer erneuten Zuspitzung der momentanen Konfrontation führen.

Westliche Staats- und Regierungschefs sowie die Führung der nordatlantischen Allianz hatten Moskau zuvor vorgeworfen, Truppen an der Grenze zur Ukraine zusammenzuziehen und eine Invasion des Nachbarlandes vorzubereiten. Die russische Regierung beharrt indes auf der Berücksichtigung der russischen Sicherheitsinteressen. Meldungen über vermeintliche Invasionspläne seien für die Nato nur ein Vorwand zur Stationierung weiterer Truppenkontingente in der Nähe russischer Grenzen. Russland bewege seine Truppen ausschließlich auf eigenem Gebiet, was weder eine Bedrohung sei noch irgendwo Besorgnis auslösen dürfe.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/04/1d/1909692_0:65:3078:1796_1920x0_80_0_0_3ea797afb274f0919798d2f1c7f98632.jpg

snanews.de: **Russische Nuklearwaffen in Belarus? Peskow spricht von Notmaßnahme, Selenski – von Sanktionen**

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat die zuvor ins Spiel gebrachte Möglichkeit der Stationierung von russischen Atomwaffen in Belarus als eine „ausgleichende Maßnahme“ auf die militärischen Aktivitäten des Westens nahe der russischen Grenze bezeichnet. Der ukrainische Präsident, Wladimir Selenski, rief zu Präventivsanktionen gegen Russland auf. Auf die Bitte von Reportern, die vom belarussischen Außenminister Wladimir Makej zuvor diskutierte Möglichkeit der Stationierung von russischen Atomwaffen in Belarus zu kommentieren, erklärte Peskow, dass es in der Situation verschiedene Optionen für Gegenreaktion Moskaus in Erwägung gezogen werden könnten.

Die mögliche Aufrüstung der westlichen Länder würde eine Reaktion Moskaus erfordern, „um die Situation auszugleichen“.

„Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass die Stationierung verschiedener Waffenarten nahe unserer Grenzen, die eine Bedrohung für uns darstellen können, zweifelsohne entsprechende Maßnahmen erfordern wird, um die Situation auszugleichen“, machte der Pressesprecher des russischen Präsidenten deutlich.

Selenski fordert „vorbeugende Sanktionen“ gegen Russland

Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenski, sagte in diesem Zusammenhang, dass man

„mit solchen Sachen“ nicht spielen dürfe und verwies darauf, dass er schon öfters von den Drohungen seitens Russlands in Bezug auf „die Reise oder Migration russischer Atomwaffen“ in verschiedene Teile der Welt sowie „von der Stationierung von Atomwaffen auf dem vorübergehend besetzten Krim-Gebiet“ gehört habe.

„Ich glaube, mit solchen Sachen darf man nicht spielen“, sagte der ukrainische Präsident. Selenski fügte hinzu, dass im Falle der Stationierung russischer Waffen in Belarus Kiew wenigstens genau wissen werde, wo sich ein Teil des russischen Nukleararsenals befinde. Auch sprach sich der Staatschef für Sanktionen gegen Russland aus. Diese sollen aber ihm zufolge „vorbeugend“ und „nicht nachträglich“ eingeführt werden, um keinen einzigen Gedanken an eine Eskalation in irgendeiner Region bei der russischen Regierung zuzulassen. „Wenn die Waffen in Belarus stationiert werden, werden wir sehr starke Sanktionen einführen. Ich sehe ehrlich gesagt keinen Grund, warum der russische Präsident einen Schritt zurücktreten muss. Deswegen denke ich, dass es im Gegenteil starker Präventivmaßnahmen, ernsthafter Sanktionen bedarf <...>“, sagte Selenski während seines gemeinsamen Briefings mit den Präsidenten von Litauen und Polen.

Stationierung von russischen Atomwaffen in Belarus?

Ende November hat der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, die Möglichkeit der Stationierung von russischen Atomwaffen auf dem belarussischen Territorium in Erwägung gezogen, sollten die Atomwaffen der Nato-Staaten nach Polen verlegt werden.

Auf die Frage, um welche Systeme es sich dabei handeln würde, hat das Staatsoberhaupt geantwortet: „Wir werden uns auf welche einigen.“ Ihm zufolge werden es Atomwaffen sein, „die bei einem solchen Kontakt am effektivsten sein werden“.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Möglichkeit der Stationierung von russischen Atomwaffen in Belarus als Warnung, „die vor allem auf die rücksichtslose Politik des Westens zurückzuführen ist“, bezeichnet.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte zuvor gesagt, dass, falls Deutschland sich vor der Stationierung von Atomwaffen auf seinem Territorium weigere, sie in andere europäische Länder verlegt werden könnten – „auch östlich von Deutschland“.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR gab es auf dem weißrussischen Territorium Dutzende von Ladungen für die strategischen Interkontinentalraketen „Topol“ und mehr als tausend taktische Atomsprengköpfe. Der Abzug der Atomwaffen war ein Ergebnis der Unterzeichnung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) durch Minsk.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/11/195103_0:170:3039:1879_1920x0_80_0_0_a7723900e271466486207aea3b0a9df8.jpg

snanews.de: **Ukrainische Justiz verdächtigt Ex-Präsident Poroschenko des Hochverrats**
Die Justiz in Kiew verdächtigt den fünften Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, des Hochverrats. „Der Ex-Präsident wurde bereits davon in Kenntnis gesetzt“, wie das Staatliche

Ermittlungsbüro am Montag in Kiew mitteilte.

Den Angaben zufolge laufen derzeit gegen Poroschenko Ermittlungen, an denen auch Angehörige des Inlandsgeheimdienstes SBU und der Generalstaatsanwaltschaft teilnehmen. Es gehe um ein verbrecherisches Schema von Kohlelieferungen im Wert von rund 1,5 Milliarden Griwna „von zeitweise okkupierten Territorien“ und um die „Vorschubleistung für die Terrororganisationen LVR und DVR“ (nicht anerkannte Volksrepubliken Lugansk und Donezk – Anm. d. Red.) durch eine Gruppe ukrainischer Bürger, heißt es in der Mitteilung.

Amtsmissbrauch durch Poroschenko

Nach Worten des Chefs der Hauptabteilung Ermittlung beim SBU, Anatoli Bunitsch, hatte Poroschenko 2014-2015 seine Vollmachten missbraucht, um Verträge über die Lieferung von Kohle aus Südafrika aufzukündigen und stattdessen den Brennstoff auf Forderung Moskaus im Donbass zu kaufen. Solche subversive Aktivitäten gegen die Ukraine seien eine Form von Hochverrat“, sagte Bunitsch.

Am Samstag hatte Poroschenko die Vorladung zu einer Vernehmung am Montag ignoriert. Über Auflagen gegen ihn soll nun an diesem Donnerstag (23.12.) entschieden werden.

Oppositioneller Medwedtschuk bereits unter Hausarrest

Den Angaben zufolge soll Poroschenko bei der Organisation verbrecherischer Kohlelieferungen mit dem Chef des Politischen Rates der Partei „Oppositionsplattform – fürs Leben“, Viktor Medwedtschuk, kooperiert haben. Medwedtschuk steht bereits seit 8. Oktober dieses Jahres unter Hausarrest.

Beim Prozess hatte Medwedtschuk erklärt, dass diese Kohlelieferungen absolut legal gewesen seien. Entsprechende Verträge seien auf Bitte der damaligen ukrainischen Führung geschlossen worden, sagte der Politiker.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/14/4755929_0:38:3067:1763_1920x0_80_0_0_52c87bf19ce41b573263683661cba906.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 20. Dezember 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Wieso enthielt sich Deutschland bei UN-Resolution gegen NS-Glorifizierung?

Jedes Jahr wird der UN-Vollversammlung eine Resolution gegen NS-Glorifizierung vorgelegt, jedes Jahr stimmen die USA und die Ukraine dagegen, und Deutschland enthält sich. Warum diese Enthaltung, fragte RT DE auf der Bundespressekonferenz. Kein Kommentar.

Auch dieses Jahr wurde der UN-Vollversammlung am 16. Dezember die Resolution "Bekämpfung der Glorifizierung von Nazismus, Neonazismus und anderer Praktiken, die dazu beitragen, gegenwärtige Formen des Rassismus, der Rassendiskriminierung, der Fremdenfeindlichkeit und verwandter Intoleranz zu fördern" vorgelegt. Sie wurde mit 130 Stimmen gegen zwei Gegenstimmen und 49 Enthaltungen angenommen.

Dies die Zusammenfassung der [Resolution auf der Webseite der UN-Vollversammlung](#):

"Die Versammlung drückte auf diese Weise tiefe Besorgnis aus über die Glorifizierung der Nazibewegung, des Neonazismus und ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS, einschließlich durch Errichtung von Denkmälern und Gedenkstätten, der Abhaltung öffentlicher Demonstrationen im Namen der Glorifizierung der Nazi-Vergangenheit, der Nazibewegung und des Neonazismus, und der Erklärung derer Mitglieder und solcher, die gegen die Anti-Hitler-Koalition gekämpft, mit der Nazibewegung zusammengearbeitet und Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten, zu 'Teilnehmern an nationalen Befreiungsbewegungen' oder des Versuchs, sie dazu zu erklären."

Des Weiteren fordert die Versammlung alle Staaten auf, sämtliche Formen rassistischer Diskriminierung mit allen angemessenen Mitteln zu bekämpfen, einschließlich durch die Gesetzgebung, und drängt sie, neuer und erstarkender Bedrohungen entgegenzutreten, die durch die Zunahme terroristischer Angriffe entstehen, die durch Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und andere Formen der Intoleranz oder im Namen von Religion und Glauben begangen werden. Sie ruft die Staaten auf, sicherzustellen, dass das Bildungssystem die nötigen Inhalte entwickelt, um eine genaue Darstellung der Geschichte zu sichern sowie um Toleranz und andere Prinzipien des internationalen Menschenrechts zu fördern.

Gleichermaßen verurteilt sie ohne Einschränkung "jede Leugnung und jeden Versuch der Leugnung des Holocaust, wie auch jeder Manifestation religiöser Intoleranz, Aufruhr, Belästigung oder Gewalt gegen Personen oder Gemeinschaften auf Grundlage der ethnischen Herkunft oder des religiösen Glaubens".

Diese Resolution wird regelmäßig von den USA und der Ukraine abgelehnt, und ebenso regelmäßig enthalten sich 49 weitere Staaten, darunter Deutschland.

Im vergangenen Jahr hatte die Antwort auf die Nachfrage von RT DE, warum Deutschland sich enthalten habe, gelautet, die Gründe würden nachgereicht. Es wurden aber keine Gründe nachgereicht. Jetzt erwiderte die Sprecherin des Auswärtigen Amtes, Andrea Sasse:

"Unser Stimmverhalten in den Vereinten Nationen kommentieren wir wie immer an dieser Stelle nicht."

Eine andere Stelle, an der diese Kommentierung erfolgt, nannte sie aber nicht.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 20. Dezember 3:00 Uhr bis 21. Dezember 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Bajrak**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen erfolgte unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 29.

de.rt.com: **Ex-Kommandeur polnischer Landtruppen will Todesstrafe für geflohenen Soldaten: "Deserteur im Krieg"**

Nichts Geringeres als die Todesstrafe für den nach Weißrussland geflohenen polnischen Soldaten hat ein ehemaliger Kommandeur der polnischen Landstreitkräfte gefordert.

Begründung: Polen sei im Krieg – und ein Deserteur im Krieg verdiene "eine Kugel in den Kopf".

In der Debatte, die in Polen um den Soldaten Emil Czezko entbrannte, der sich aus Protest gegen den Umgang seiner Regierung mit der Flüchtlingskrise nach Weißrussland absetzte, hat sich der polnische General Waldemar Skrzypczak mit ultimativem Säbelgerassel hervorgetan. Der ehemalige Kommandeur der polnischen Landstreitkräfte hat in einem Interview an die Onlinezeitung wPolityce am 18. Dezember die Todesstrafe für den politischen Flüchtling gefordert. Dies begründete er damit, dass sich Polen – Achtung! – im Krieg befinde. Vor allem ob der Forderung seitens der polnischen Staatsanwaltschaft, Czezko für seine Fahnenflucht zu "nur" zehn Jahren Haft zu verurteilen, entbrannte der brave General im wahrhaftigen Zorne der Edlen:

"Dieser Soldat hat das Schlimmste getan, was es in Kriegszeiten geben kann – indem er auf die feindliche Seite überlief, indem er desertierte. Wenn ich heute in den Medien lese, dass die Staatsanwaltschaft ein Verfahren eröffnet hat und ihm bis zu zehn Jahren Gefängnis drohen, dann frage ich mich, was das soll. Er wechselt in Kriegszeiten auf die Seite des Feindes und wird mit zehn Jahren Gefängnis bedroht? Ich kann und werde das nicht verstehen."

"Die Sache ist klar. Der Soldat ist ein Deserteur, er ist während des Krieges auf die feindliche Seite übergelaufen, also gibt es für ihn nur eine Strafe – die Todesstrafe. Ein Krimineller, eindeutig ein Deserteur. Eine Kugel in den Kopf, aus und vorbei."

Skrzypczak scheint in seiner Entrüstung entgangen zu sein, dass das polnische Gesetz als solches keine Todesstrafe vorsieht und dass Polen bislang offiziell niemandem den Krieg erklärt hat. Auch nicht Weißrussland, das Skrzypczak einfach als den "Gegner" und die "feindliche Seite" bezeichnete.

Emil Czezko, nach eigener Angabe Soldat des 11. Masurischen Artillerieregiments der 16. Pommerschen König-Kasimir-Division, deren Untereinheiten während des flüchtlingskrisenbedingten Ausnahmezustands in den Grenzgebieten Polens zur Sicherung des Grenzabschnitts zu Weißrussland beordert wurden, überquerte am 16. Dezember 2020 die Grenze nach Weißrussland.

Im Grenzstreifen von den weißrussischen Grenzschutztruppen gestellt, bat der junge Mann unverzüglich um politischen Schutz, da er den Umgang der Regierung seines Landes mit der Flüchtlingskrise missbillige. Dem weißrussischen Staatssender Belta erklärte er, an der polnischen Grenze zu Weißrussland Zeuge von Hinrichtungen von Flüchtlingen und Menschenrechtsaktivisten geworden zu sein. Diese sollen sowohl vom polnischen Grenzschutz als auch von Soldaten durchgeführt worden sein. Die Grenzschützer hätten die Soldaten nach gemeinsamem Alkoholkonsum zu Exekutionen genötigt, nicht zuletzt unter Androhung von Waffengewalt.



<https://cdn.rttom.de/deutsch/images/2021.12/article/61c05137b480cc7bd64a6021.jpeg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 21. Dezember um 9:00 Uhr 21.261 Fälle von Coronavirusinfektion registriert und bestätigt. 430 Personen sind derzeit erkrankt, 17.791 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3040 Todesfälle.

de.rt.com: **Peking: Russland und China werden immer Freunde bleiben**

Chinas enge Beziehungen zu Russland werden sich nicht abschwächen. Die beiden Länder werden immer Freunde bleiben, auch wenn sich die internationale geopolitische Lage ändern sollte. Dies erklärte der chinesische Außenminister Wang Yi am Montag.

Nur eine Woche nach einer Videokonferenz zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping lobte der chinesische Außenminister Wang Yi die Freundschaft zwischen Moskau und Peking. In den vergangenen Jahren haben sich die Präsidenten der beiden Länder einander angenähert, während ihre Ablehnung gegenüber den USA zugenommen hat. Xi bezeichnete Putin sogar als seinen "besten Freund". In einer Rede auf einem Symposium über die Entwicklung der chinesischen Diplomatie betonte Wang, dass Peking beabsichtige, die für beide Seiten vorteilhaften Beziehungen zu Moskau aufrechtzuerhalten. Er betonte:

"Ganz gleich, welche Veränderungen in der Welt eintreten, die chinesisch-russische Freundschaft, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde, wird immer stark sein."

Die beiden Länder würden gemeinsam Frieden und Stabilität anstreben. Der chinesische Chefdiplomat charakterisierte die Beziehung der beiden Nationen als "vereint wie ein Fels" und fügte hinzu:

"Unsere Länder sind zu einem klassischen Beispiel für vertrauensvolle Beziehungen zwischen Großmächten geworden."

Peking und Moskau haben seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahr 1949 eine wechselvolle Beziehung. Die UdSSR und China waren bis zur chinesisch-sowjetischen Spaltung im Jahr 1961 enge Verbündete, doch danach verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 deutlich. Danach ging es langsam wieder bergauf. Russland und China entwickelten wieder gute Beziehungen, die sich im vergangenen Jahrzehnt weiter verbesserten.

Bei ihrem Video-Telefonat in der vergangenen Woche sprachen Putin und Xi neben einer Vielzahl von Themen insbesondere über militärische und wirtschaftliche Belange. Die wichtigste Vereinbarung, die im Anschluss an die Gespräche bekannt gegeben wurde, gilt der gemeinsamen Entwicklung bilateraler Finanzstrukturen, um die wirtschaftlichen Beziehungen ohne störende Einflüsse anderer Staaten zu vertiefen. Dieser Schritt scheint eine Reaktion auf

die Drohungen westlicher Staaten zu sein, Russland aus dem SWIFT-Bankensystem auszuschließen. Über SWIFT läuft ein Großteil der internationalen Finanztransaktionen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c17a2d48fbef4859272d55.JPG>

Mzdnr.ru: Am 20. Dezember wurden in der DVR 1533 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 296 positiv, bei 84 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 60 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 25 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 38 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 998 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 726 mit Sauerstoffunterstützung (+14 in den letzten 24 Stunden).

Am 21. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 116.739 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3041 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 104.697 als gesund entlassen, es gibt 9001 Todesfälle.

de.rt.com: **Moskau verspricht "militärische Antwort" auf jede weitere NATO-Osterweiterung**

Die NATO müsse sich im Fall eines weiteren Vordringens nach Osteuropa über Moskaus erklärte Druckpunkte hinaus auf eine militärische Antwort einstellen. Davor warnte ein russischer Spitzendiplomat inmitten der eskalierenden Spannungen mit dem von den USA geführten Militärblock.

Im Gespräch mit dem Fernsehsender Rossiya 24 sagte Konstantin Gawrilow, Leiter der russischen Delegation bei den Verhandlungen über militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle in Wien, dass Washington verpflichtet sei, mit Moskau einen Dialog über Sicherheitsgarantien zu führen, um den Frieden auf dem Kontinent zu sichern. Ob die Regierungsvertreter dies wollten oder nicht. Der Diplomat fügte hinzu:

"Das Gespräch muss ernsthaft geführt werden und jeder in der NATO ist sich trotz aller Stärke und Macht vollkommen bewusst, dass es notwendig ist, konkrete politische Maßnahmen zu ergreifen. Andernfalls wäre die Alternative eine militär-technische und militärische Antwort Russlands."

Laut Gawrilow hat in den Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel "die Stunde der Wahrheit geschlagen".

Gawrilows Äußerungen kamen kurz nachdem das russische Außenministerium zwei Dokumente herausgegeben hatte, eines für die NATO und das andere für Washington, in denen es eine breite Palette von Zusicherungen gefordert hatte, die seiner Meinung nach die Sicherheit aller Parteien garantieren würden.

Der Vorschlag an die NATO beinhaltet unter anderem die Bedingung, dass Kiew lang gehegter Wunsch, dem Block beizutreten, nicht erfüllt wird. In einer separaten Klausel fordert Moskau, dass die derzeitigen NATO-Mitgliedsstaaten auf jegliche militärische Aktivität auf dem Territorium der Ukraine sowie in Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien verzichten. In seinem Angebot an die USA forderte Russland, dass sich die US-Vertreter verpflichten, keine Expansion in ehemalige Sowjetrepubliken zuzulassen.

Die Besorgnis über eine mögliche Osterweiterung des von den USA geführten Militärbündnisses hat in den vergangenen Wochen weiter zugenommen. Anfang des Monats hatte der russische Präsident Wladimir Putin per Videoschleife seinem US-Kollegen Joe Biden erklärt, sein Land sei ernsthaft daran interessiert, verlässliche und rechtliche Garantien zu erhalten, die eine weitere NATO-Osterweiterung sowie die Stationierung von offensiven Waffensystemen entlang der Grenze zu Russland verhindern.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, hatte ihrerseits Anfang Dezember gewarnt, dass eine weitere Erweiterung des Blocks in Richtung Russlands für Moskau eine rote Linie darstelle und dass die Hoffnungen der Ukraine auf einen NATO-Beitritt inakzeptabel seien. Die USA zögen Kiew in den Orbit der NATO und machten es zu einem Brückenkopf der Konfrontation mit Russland, was Europa destabilisieren könnte, sagte sie.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c19cc648fbef442a2613b4.jpg>

nachmittags:

deu.belta.by:Karajew: Manche Flüchtlingsfamilien wollen in Belarus bleiben

Manche Flüchtlingsfamilien haben gesehen, wie friedlich es in Belarus ist, und beschlossen, hier zu bleiben. Sie wollen hier leben und arbeiten, sagte der Gesandte des Präsidenten im Gebiet Grodno Juri Karajew der Telegraphenagentur BelTA.

Seit 44 Tagen befinden sich die Flüchtlinge an der belarussischen Grenze zu Polen. Sie sind im Transport- und Logistikzentrum Brusgi untergebracht. Heute befinden sich hier rund 600 Personen.

Juri Karajew: „Hier sind vor allem jene geblieben, die eine Heimreise überhaupt nicht in Betracht ziehen. Sie warten darauf, dass ihr Problem irgendwann gelöst wird. Manche Familien haben bereits den Wunsch geäußert, in Belarus zu bleiben. Sie haben sich davon überzeugt, dass Belarus ein friedliches Land ist und sich um sie kümmert. Jeder ist sich dessen bewusst, dass man in Belarus arbeiten muss und nicht von der Sozialhilfe leben.“ Die Situation im Logistikzentrum ist ruhig und kontrollierbar. Die Flüchtlinge werden regelgerecht mit Essen und Kleidung versorgt. Ärzte sind hier rund um die Uhr im Einsatz.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1640092265_59289_big.jpg

snews.de: **Fördert Vertrauen zwischen Ländern: Peking unterstützt russische Initiative zu Sicherheitsgarantien**

Peking begrüßt Russlands Vorschläge zu Sicherheitsgarantien in Europa, welche das Land den USA in der vergangenen Woche unterbreitet hatte. Nach Ansicht der Volksrepublik zielt diese Initiative auf einen Dialog zwischen den Staaten sowie auf eine Erhöhung des gegenseitigen Vertrauens ab.

„China vertritt die Ansicht, dass die russischen Vorschläge in der jetzigen Situation den grundlegenden Normen der internationalen Beziehungen entsprechen, das gegenseitige Vertrauen zwischen den Ländern stärken, das Risiko von Konflikten verringern und die globale und regionale strategische Stabilität schützen würden“, erklärte der Pressedienst des chinesischen Außenministeriums gegenüber SNA.

China habe sich immer dafür ausgesprochen, dass Länder Differenzen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts, durch Konsultationen sachgemäß beilegen sollten.

Zudem zeigte sich China bereit, ein breites Spektrum an Fragen zur strategischen Stabilität im Rahmen des Dialogs der fünf Atommächte und der Genfer Abrüstungskonferenz eingehend zu erörtern, um seinen gebührenden Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit auf der ganzen Welt zu leisten.

„China hält an dem kollektiven, allgemeinen, kooperativen und konstanten Konzept der globalen Sicherheit fest. China war immer der Baumeister des Weltfriedens, hat zur globalen Entwicklung beigetragen und die internationale Ordnung geschützt“, verlautete es aus Peking auf die Frage, ob die Volksrepublik China einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten benötige, der dem von Russland an die USA und Nato vorgelegten Dokument ähnlich sei.

Forderung nach Sicherheitsgarantien

Am Freitag hatte der Kreml den Entwurf eines Abkommens zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und der Nato über Sicherheitsgarantien vorgelegt. Zu den Vorschlägen gehört das Verbot der weiteren Nato-Osterweiterung. Auch die Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in Schlagdistanz zum Territorium der jeweils anderen Seite soll den USA und Russland dem Entwurf zufolge untersagt werden.

Beide Entwürfe wurden russischen Angaben zufolge bereits nach Washington und an dessen Verbündete geschickt.

Indes hat Russland von den Vereinigten Staaten eine umgehende Antwort auf seine Vorschläge für Sicherheitsgarantien gefordert, die unter anderem eine weitere Ausdehnung der Nato nach Osten verhindern sollen. Der russische Vize-Außenminister, Sergej Rjabkow, warnte von einer neuen Konfrontationsspirale, sollte der Vorstoß Moskaus ohne Reaktion

bleiben.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/09/2439753_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_96f585cae64fcc47f818c1cbf55b8677.jpg

snanews.de: **Russischer Diplomat: Sicherheitsgespräche mit USA laufen an**

Nachdem Russland von den USA Sicherheitsgarantieren gefordert hatte, hat es zwischen beiden Seiten bereits erste Kontakte dazu gegeben. Das teilte Konstantin Gawrilow, russischer Chefunterhändler für militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle in Wien, mit. Der ranghohe Diplomat hält eine Einigung zwischen Moskau und Washington für möglich. „Die Verhandlungen laufen allmählich an“, sagte Gawrilow in einem Online-Interview auf YouTube. Juri Uschakow, Berater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, habe bereits einen US-Amtskollegen kontaktiert.

Vor dem Hintergrund der Gerüchte über einen möglichen russischen Einmarsch in die Ukraine hatte Moskau in der vergangenen Woche Garantien verlangt, dass die Nato sich nicht weiter nach Osten ausdehnt und die Ukraine nicht eingliedert. Das US-Außenministerium erklärte daraufhin, der russische Vorstoß habe die amerikanischen Sorgen nicht zerstreut.

„Ich denke, das war nur die erste Reaktion“, sagte Gawrilow. Die russischen Anregungen seien für Washington überraschend gekommen. Um sich zu einigen, „braucht es Stille“, so der Diplomat. Er sehe durchaus Chancen, dass beide Seiten bei diesem Thema doch noch vorankommen werden.

Russland sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht. Das Außenministerium in Moskau veröffentlichte Ende der vergangenen Woche Entwürfe für zwei Abkommen mit den USA und dem nordatlantischen Bündnis. Darin geht es unter anderem darum, dass die Nato garantieren soll, dass die Ukraine nicht ins Bündnis aufgenommen wird. Außerdem sind gegenseitige Sicherheitsgarantien wie die Nichtstationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in der Reichweite voneinander vorgesehen. Beide Entwürfe wurden russischen Angaben zufolge bereits nach Washington und an dessen Verbündete geschickt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/07/14/2902451_0:0:3078:1731_1920x0_80_0_0_bfed05807e763b097542d95524aa286b.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 21.12.2021**
In den letzten 24 Stunden haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade den **Komplex von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung **einmal verletzt**. Sie haben **Bajrak** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 29 Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Besatzer aus der 54. Brigade **Alexandrowka** am Rand von Donezk mit 120mm-Mörsern beschossen und 20 Mörsergeschosse abgefeuert.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer zwei Panzertransporter in von ihnen kontrollierten Ortschaften stationiert, einen aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade im Hof eines Wohnhauses in Nowobachmutowka und einen weiteren aus dem Bestand der 30. mechanisierten Brigade am nördlichen Rand von Mironowka.

Um die Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 30. mechanisierten Brigade im Gebiet von Semigorje durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine Station der elektronische Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen zu blockieren.

Der moralisch-psychische Zustand der Kämpfer der ukrainischen bewaffneten Formationen in der Zone der Strafoperation bleibt mangelhaft.

So ist nach Angaben unserer Quellen im Zusammenhang mit regelmäßigen Verstößen gegen die militärische Disziplin und Fällen von Alkohol- und Drogenkonsum eine weitere Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes in den Einheiten der 95. Luftsturmbrigade eingetroffen.

Bei ihrer Arbeit haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes zwei Kämpfer des 2. Luftsturmataillons mit 40 Gramm Drogen pflanzlicher Herkunft festgenommen.

Außerdem wurden im Blut von neun Personen Spuren von Drogen gefunden.

Inzwischen arbeiten Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes mit den festgenommenen Kämpfer und stellen den Kanal für die Drogenlieferungen in den Truppenteil fest.

Außerdem haben Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes im 1.

Luftsturmataillon bei einer Überprüfung des Personals auf einer der Positionen im Gebiet von Sajzewo sechs Kämpfer beim Trinken von Alkohol entdeckt. In Bezug auf alle Kämpfer wurden administrative Akten angelegt und sie werden in der nächsten Zeit in den ständigen Stationierungspunkt geschickt.

Das aufgrund der deutlichen Verschlechterung des moralisch-psychischen Zustands des

Personals einer der „Elite“einheiten der ukrainischen Armee unmittelbar vor dem katholischen Weihnachten beunruhigte Kommando der OOS plant, eine Gruppe Offiziere des Stabs der Gruppierung in die Brigade zu schicken. Die Offiziere der Gruppierung werden innerhalb eines Monats nicht nur die militärische Disziplin verfolgen, sondern auch außerplanmäßige Kontrollen auf Konsum von Alkohol und Drogen bei den Kämpfern der 95. Brigade durchführen.

Trotz der Gefahr für das Leben der Zivilbevölkerung und die eigenen Kämpfer erteilen die Kommandeure der ukrainischen bewaffneten Formationen weiter verbrecherische **Befehle zur Verminderung von Örtlichkeiten in der Zone der Strafoperation**. Bei der Installation von Minensperren kennzeichnen die ukrainischen Verbrecher die Gebiete nicht mit Schildern über die Minengefahr und erstellen keine genauen Karten der Minenfelder. Diese Handlungen der ukrainischen Besatzer führen zur tragischen Folgen in erster Linie für die Kämpfer selbst. So haben gestern Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade in Verletzung der ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen technischer Arbeiten zur Installation von Minensperren im Gebiet von Granitnoje durchgeführt, in deren Folge gab es eine Detonation einer zuvor von Kämpfern der 93. Brigade installierten Antipersonenmine OSM-3.

Nach uns vorliegenden Informationen erlitten infolge der Detonation zwei Kämpfer Detonationsverletzungen und wurden in ernstem Zustand in das Militärhospital von Mariupol eingeliefert.

de.rt.com: **Litauen drängt NATO zur Verlegung von Truppen "an die Ostfront"**

Der litauische Präsident Gitanas Nausėda fordert angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der NATO, dass der von den USA angeführte Militärblock so schnell wie möglich Truppen nach Osteuropa verlegen und einen Aktionsplan entwickeln soll, um jedwede Aggression aus Moskau zu bekämpfen.

Laut Interfax-Ukraine sagte der litauische Präsident Gitanas Nausėda am Dienstag, dass die westlichen Länder einen klaren Aktionsplan entwickeln müssten, um mit dem "Verlust des Gleichgewichts in der Region" und der zunehmenden Zahl russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine umzugehen:

"Die NATO sollte darauf nicht nur mit einer Konzentration ihrer Truppen an der Ostfront reagieren, sondern auch ihre militärischen Fähigkeiten stärken. Die Stärkung der militärischen Fähigkeiten ist gut, aber wir müssen auch einen Algorithmus haben, was zu tun ist, wenn Szenario A, Szenario B, Szenario C eintritt."

Er fügte hinzu, dass die NATO damit beginnen sollte, über die Sicherheit der Region als Ganzes und nicht nur über die einzelnen Länder zu diskutieren, um im Falle einer Konfrontation mit Russland eine "umfassende Antwort" auf osteuropäischer Ebene entwickeln zu können.

Der Präsident betonte:

"Damit wir nicht nur die ukrainische, polnische oder litauische Situation separat diskutieren. Vielmehr sollte es eine Diskussion über die regionale Sicherheit sein."

Nausėdas Forderung der Stationierung von mehr NATO-Personal in Osteuropa folgt auf ein Verhandlungsangebot Moskaus für mehr Sicherheitsgarantien, das es dem von den USA geführten Militärblock in der vergangenen Woche unterbreitet hatte. Russland forderte darin, Das NATO-Hauptquartier in Brüssel solle die Stationierung von Truppen und militärischer Ausrüstung in der Nähe seiner Grenze einstellen.

Der Entwurf Moskaus mit rechtsverbindlichen Sicherheitsgarantien wurde nach einem Videogipfel zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-amerikanischen Amtskollegen Joe Biden vorgelegt, bei dem es um Vorwürfe ging, dass Moskau Truppen an der Grenze zur Ukraine in Stellung bringe.

Nachdem mehrere westliche Medien auf einen bevorstehenden Konflikt hingewiesen hatten, verschärfte die NATO ihre Rhetorik und drohte Russland mit Sanktionen. Der Kreml hat

Berichte über eine bevorstehende Offensive hingegen wiederholt dementiert.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c1b53f48fbef18ec2a8a45.jpg>

deu.belta.by: **Senatorin: Czezkos Worte sind schockierend und zeigen Nichtigkeit des Menschenlebens in Polen**

Die Geständnisse des polnischen Soldaten Emil Czezko sind schockierend, entsetzlich und zeigen einmal mehr, dass das Leben eines Menschen in Polen absolut nichts wert ist. Solche Meinung vertritt Elwira Soroko, Mitglied des Rates der Republik, gegenüber einem BELTA-Korrespondenten.

"Bis vor kurzem schien es uns, dass wir vieles vom brutalen Umgang der polnischen Sicherheitssoldaten mit den Flüchtlingen wissen und nämlich illegale Auslieferung, Folter, Einsatz der Sondermittel und -ausrüstung. Wie sich herausstellt, ist dies nur ein kleiner Teil ihrer kriminellen Aktivitäten. Das offene Geständnis des polnischen Soldaten Emil Czezko ist schockierend, entsetzlich und zeigt einmal mehr, dass ein Menschenleben in Polen absolut nichts wert ist. Und zwar nicht nur das Leben von Flüchtlingen, die auf der Suche nach einem besseren Leben für sich und ihre Familien nach Europa kommen, sondern auch das Leben von polnischen Bürgern, die sich freiwillig melden. Die Europäische Union positioniert sich als zuverlässiges Bollwerk und ein Garant für Menschenrechte und Demokratie. Aber diese Zuverlässigkeit ist an der polnischen Grenze zusammen mit Dutzenden (vielleicht sogar Hunderten) unschuldiger Menschen erschossen, in die polnischen Sümpfe getrampelt und dort begraben“, so die Senatorin.

Nach Elwira Soroko veranlassten tiefe Verzweiflung, Gewissensbisse und die extreme Ablehnung der von den polnischen Behörden gegen Migranten angewandten Methoden den jungen Soldaten dazu, in Belarus politisches Asyl zu beantragen.

"Schockiert von der extremen Grausamkeit und Unmenschlichkeit, die in der polnischen Armee herrscht, berichtet er der Welt ehrlich und offen von den Gräueltaten seiner Landsleute. Und als Bestätigung dieser Worte sagte der ehemalige Befehlshaber der polnischen Landstreitkräfte, dass der nach Belarus Geflohene erschossen werden sollte. Also, vielleicht ist es genug von Morden und Schießereien? Ist es nicht an der Zeit, dass die Herren aus Warschau den gesunden Menschenverstand walten lassen und über die Folgen ihrer menschenfeindlichen Politik nachdenken? Schließlich werden sie früher oder später für jede ihrer Handlungen nicht nur nach internationalem Recht, sondern auch nach den Gesetzen Gottes zur Rechenschaft gezogen werden. Alle politischen Konflikte sind ausschließlich im Rahmen des Rechts zu lösen. Ich hoffe, dass die internationalen und europäischen Strukturen in naher Zukunft eine angemessene rechtliche Bewertung der kriminellen Außenpolitik Polens vornehmen werden", schloss Elwira Soroko.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1640089704_59287_big.jpg

snanews.de: **Putin: Russland hat genug von Manipulationen des Westens**

Russland hat laut dem Präsidenten des Landes, Wladimir Putin, genug von den Manipulationen des Westens, die sich hinter den Prinzipien des Völkerrechts verstecken. Laut Putin tragen die USA die Schuld für die heutigen Spannungen in Europa.

„Was jetzt geschieht, die Spannungen, die sich in Europa aufbauen, sind ihre (der USA – Anm. d. Red.) Schuld. Bei jedem Schritt musste Russland in irgendeiner Weise reagieren. Bei jedem Schritt hat sich die Situation ständig verschlechtert und verschlechtert“, sagte Putin am Dienstag in einer erweiterten Sitzung des Kollegiums des russischen Verteidigungsministeriums.

Russland will kein Blutvergießen

Laut dem russischen Präsidenten will Russland die bestehenden Probleme mit diplomatischen Mitteln lösen. „Bewaffnete Konflikte, Blutvergießen – das ist absolut nicht unsere Wahl. Wir wollen diese Art von Entwicklung nicht. Wir wollen die Probleme auf politischem und diplomatischem Wege lösen, aber zumindest klare, verständliche und deutlich formulierte rechtliche Garantien haben“, betonte Putin.

„Wir brauchen langfristige, rechtsverbindliche Garantien“, sagte er weiter. „Aber Sie und ich wissen sehr gut: Auch auf die rechtlichen Garantien kann man sich nicht verlassen, denn die Vereinigten Staaten ziehen sich leicht aus allen internationalen Verträgen zurück, an denen sie aus dem einen oder anderen Grund nicht mehr interessiert sind – mit wenig oder gar keinen Erklärungen“. Ein Beispiel dafür sei etwa der Austritt der USA aus dem Open-Skies-Vertrag. „Wenn ihnen das Völkerrecht und die UN-Charta in die Quere kommen, erklären sie alles für veraltet, überflüssig. Und wenn etwas ihren Interessen entspricht, verweisen sie sofort auf die Normen des Völkerrechts, auf die UN-Charta, internationale humanitäre Rechte und so weiter. Von ihren Manipulationen haben wir genug“, sagte Putin.

Putin erinnerte daran, wie die USA, als die Beziehungen noch gut gewesen seien, den Separatismus im Nordkaukasus unterstützt, die Nato erweitert und sich aus den ABM-Verträgen zurückgezogen haben. Ihm zufolge hatte Washington antirussische Politik in der Euphorie des sogenannten Sieges im Kalten Krieg geführt.

„Manchmal fragt man sich, warum die Vereinigten Staaten das alles getan haben – es ist nicht klar. Ich denke, aus Euphorie in Verbindung ... mit dem sogenannten Sieg im Kalten Krieg. Aufgrund einer unrechten, falschen Einschätzung der damaligen Situation und einer ungebildeten, falschen Analyse möglicher Optionen für die Entwicklung der Situation. Deswegen – es gibt einfach keine anderen Gründe“, sagte Putin.

Er erinnerte daran, dass die USA in den vergangenen Jahren Tausende von Kilometern von

ihrem Staatsgebiet entfernt angeblich „ihre Interessen und Sicherheit“ verteidigt hätten. „Sie haben die schwersten Dinge getan, ohne dass der UN-Sicherheitsrat sie sanktioniert hat.“

„Unter welchem Vorwand wurde Jugoslawien bombardiert?“, fragte Putin. „Mit der Genehmigung des Sicherheitsrates? Wo ist Jugoslawien und wo sind die USA? Sie haben das Land zerstört. Ja, es gab dort einen internen Konflikt, es gab eigene Probleme, aber wer gab das Recht, eine europäische Hauptstadt zu bombardieren? Niemand.“

Putin erinnerte an das Vorgehen der USA in Irak und Syrien. „Entwicklung von Massenvernichtungswaffen im Irak. Sie gingen hinein, zerstörten das Land, schufen eine Brutstätte des internationalen Terrorismus, und dann stellte sich heraus, dass sie sich geirrt hatten, und dann sagten sie: Unsere Geheimdienste haben versagt. Das Land wurde zerstört: Der Geheimdienst habe versagt. Das ist ihre Erklärung“, so Putin weiter. „Und wie sind sie nach Syrien gekommen? Mit der Genehmigung des Sicherheitsrates? Nein. Sie tun, was sie wollen“, schloss der russische Präsident.

Russland wird aggressive Maßnahmen nicht ohne Antwort lassen

Wenn sich die Nato-Infrastruktur weiter bewege und in der Ukraine auftauche, werde die Flugzeit der russischen Raketen auf sieben bis zehn Minuten sowie die Flugzeit der Hyperschallraketen auf fünf Minuten reduziert, sagte Putin.

Russland werde als Reaktion auf die unfreundlichen Schritte der USA angemessene militärisch-technische Maßnahmen ergreifen:

„Natürlich werden wir, wie ich bereits angemerkt habe, im Falle einer Fortsetzung der offensichtlich aggressiven Linie unserer westlichen Kollegen angemessene militärisch-technische Vergeltungsmaßnahmen ergreifen und auf unfreundliche Schritte hart reagieren. Und ich möchte betonen, dass wir jedes Recht dazu haben, wir sind berechtigt zu handeln, um die Sicherheit und Souveränität Russlands zu gewährleisten“.

Vorschläge über Sicherheitsgarantien sind kein Ultimatum

Gleichzeitig hat Putin betont, der US-Präsident Joe Biden habe im Laufe des jüngsten Gesprächs selbst vorgeschlagen, Zuständige für Stabilitätsverhandlungen zu ernennen, da langfristige rechtliche Garantien erforderlich seien.

„Als Reaktion auf seine Vorschläge haben wir unsere Projekte geschickt, die eine weitere Nato-Osterweiterung und den Einsatz von Offensivschlagwaffensystemen in Nachbarländern ausschließen“, so Putin.

Putin betonte, dass die von Russland vorgeschlagenen Abkommensentwürfe über Sicherheitsgarantien kein Ultimatum darstellten.

„Wir sehen, dass sie (die Vorschläge Russlands – Anm. d. Red.) von einigen uns nicht Wohlgesinnten als ein Ultimatum unsererseits interpretiert werden. Ist es ein Ultimatum oder nicht? Natürlich nicht“, betonte Putin.

Russische Armee erreichte „sehr respektables“ Entwicklungstempo

Putin betonte zudem, dass die russische Armee ein „sehr respektables“ Entwicklungstempo erreicht habe. Russland hoffe auf konstruktive, sinnvolle Verhandlungen über Sicherheitsgarantien mit einem sichtbaren Ergebnis: „Dies kann aber nur angestrebt werden, wenn die Streitkräfte voll entwickelt sind. Das ist uns in den letzten Jahren gelungen, wir haben ein gutes Niveau der Kampfbereitschaft erreicht. (...) Das Tempo hat sich deutlich erhöht. Es gibt Fragen, die zusätzlicher Aufmerksamkeit bedürfen, wir arbeiten ständig mit der Industrie daran“, sagte Putin.

Spannungen zwischen Russland und Westen

Zuletzt hatte die Nato eine Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze gemeldet. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Wie das Weiße Haus am Dienstag mitgeteilt hat, hat sich US-Präsident Joe Biden im jüngsten Gespräch mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin besorgt über die Lage rund um die Ukraine geäußert und eine diplomatische Einigung gefordert. Darüber hinaus hat er

versprochen, dass der Westen auf eine mögliche militärische Eskalation mit gemeinsamen Wirtschaftssanktionen und anderen Beschränkungen reagieren werde.

Putin hat seinerseits betont, dass Russland an zuverlässigen, juristisch bindenden Garantien dafür interessiert sei, dass sich die Nato nicht mehr gen Osten erweitere und keine Angriffswaffen in an Russland angrenzenden Staaten, darunter auch in der Ukraine, stationiere.

Moskau hat wiederholt Vorwürfe „aggressiver Aktionen“ zurückgewiesen und erklärt, dass es niemanden bedrohe. Nach Angaben der russischen Behörden werden solche verbalen Angriffe als Vorwand genutzt, um mehr Militärausrüstung der Nato in der Nähe der russischen Landesgrenzen zu platzieren.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/15/4764556_0:150:3111:1900_1920x0_80_0_0_24cf3b2f06bdedb3e9f8afbbb2b5e6ce.jpg

snanews.de: **Schoigu: Russische nukleare Triade zu 90 Prozent mit modernen Waffen ausgerüstet**

Dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu zufolge nimmt Russland derzeit eine führende Position weltweit bei der Ausstattung der Armee mit modernen Waffen ein.

Demnach beläuft sich der Anteil der modernen Waffen in der russischen nuklearen Triade auf fast 90 Prozent.

Auch verwies Schoigu auf die erhöhte militärische Aktivität der Nato nahe der russischen Grenze.

Russland sei weltweit führend bei der Ausrüstung mit modernen Waffen, liege jedoch bei den Verteidigungsausgaben nur auf Platz neun, sagte der russische Verteidigungsminister am Dienstag in einer Sitzung des Kollegiums des Verteidigungsministeriums unter Teilnahme des russischen Präsidenten, Wladimir Putin.

„Die Ausstattung von Heer und Marine mit modernen Waffen beträgt 71,2 Prozent. Nach dem Stand der modernen Ausrüstung nehmen unsere Streitkräfte heute weltweit eine Spitzenposition ein <...>“, so Schoigu.

Dabei stehe Russland bei den Verteidigungsausgaben an der neunten Stelle, sagte er weiter.

Auch der Anteil der modernen Waffen in der nuklearen Triade der Russischen Föderation erreichte dem Verteidigungsminister zufolge ein historisches Rekordhoch – nämlich 89,1 Prozent. Dieser Wert sei, so Schoigu, im Zuge der großangelegten und zielgerichteten Arbeit unter der Leitung des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, erreicht worden.

Dabei merkte der Verteidigungsminister an, dass parallel zu den Lieferungen von neuen Waffen für die strategischen Nuklearkräfte eine moderne Infrastruktur aufgebaut werde.

Selbst in diesem Jahr, heißt es weiter, seien 690 hochtechnologische Objekte errichtet worden.

Ausweitung der Nato-Manöver nahe russischer Grenze

Schoigu verwies auch darauf, dass USA und Nato mittlerweile das Ausmaß der

Militärübungen an der Grenze Russlands erhöht haben, strategische Luftfahrt einsetzten und simulierte Abschüsse von Atomraketen durchführten.

„Die Vereinigten Staaten und die Nato erhöhen gezielt den Umfang und die Intensität der Ausbildungsmaßnahmen für Truppen in der Nähe von Russland. Immer häufiger handelt es sich um strategische Luftfahrt, die simulierte Abschüsse von Atomraketen auf unsere Objekte durchführt“, erklärte der russische Verteidigungsminister.

Die Anzahl ihrer Flüge in der Nähe der russischen Grenze habe sich mehr als verdoppelt. Ein besonderes Augenmerk würde die Nato dabei auf die Verlegung von Truppen an die Ostflanke des Bündnisses – auch aus den kontinentalen USA – legen. Bei den Übungen werden dem russischen Minister zufolge verschiedene Optionen für den Einsatz von Koalitionsgruppen gegen Russland unter Beteiligung blockfreier Staaten wie Georgien, Moldau und Ukraine trainiert.

Laut dem Verteidigungsminister wird auch die Stationierung des pazifischen Segments des globalen US-Raketenabwehrsystems fortgesetzt.

„Der Einsatz des pazifischen Segments des globalen US-Raketenabwehrsystems geht weiter. Um Operationen durchzuführen sowie die Seekommunikation im Nordatlantik und in der Arktis zu kontrollieren, wurde in Norfolk ein gemeinsames Nato-Kommando geschaffen“, bestätigte Schoigu.

Amerikanische PMCs bilden ukrainische Militärs aus

Im Zuge der Sitzung gab Schoigu auch bekannt, dass in der ukrainischen Region Donezk die Präsenz von mehr als 120 Mitarbeitern der Privaten Sicherheits- und Militärunternehmen (PMCs) der USA festgestellt worden sei. Die USA bereiten ihm zufolge eine Provokation mit Chemikalien im Osten der Ukraine vor.

„Es wurden Panzer mit nicht identifizierten chemischen Bestandteilen in die Städte Awdejewka und Krassny Liman geliefert, um Provokationen zu verüben“, sagte Schoigu. Dem Minister zufolge richten Mitarbeiter der US-amerikanischen PMCs Schusspositionen in Wohngebäuden und an gesellschaftlich bedeutsamen Einrichtungen ein. Zudem bereiteten sie auch ukrainische Spezialeinheiten und bewaffnete radikale Gruppierungen auf aktive Militärhandlungen vor.

Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Regionen um Donezk und Lugansk geschickt, die nach dem Umsturz in Kiew im Februar ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Der seitdem schwelende militärische Konflikt zwischen Kiew und den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk hat mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet.

Unter Vermittlung der Minsker Kontaktgruppe vereinbarten die Konfliktparteien seit September 2014 dreimal einen Waffenstillstand, der jedoch nie eingehalten wurde.

Westen warnt vor möglicher Invasion Russlands in Ukraine

Bei der Ukraine und dem Westen läuten in der letzten Zeit wegen einer angeblichen Konzentration russischer Truppen in der Nähe der ukrainischen Grenze die Alarmglocken. Demnach soll Russland dort derzeit zwischen 75.000 und 100.000 Soldaten zusammengezogen haben.

Befürchtet wird, dass es zu einem Angriff seitens Russlands auf das Nachbarland kommen könnte. Seitdem drohen mehrere westliche Staaten Russland mit Konsequenzen und sagen eine angebliche Invasion des Staates gegen die Ukraine voraus.

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat mehrmals in diesem Zusammenhang erklärt, Moskau habe keine aggressiven Pläne, und dem Westen vorgeworfen, Russland international zu „dämonisieren“. Das Land bewege seine Truppen innerhalb seines Staatsgebietes und nach eigenem Ermessen, so der Politiker.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte zuvor auf die gefährlichen Versuche der Nato-Staaten verwiesen, das ukrainische Territorium „aktiv“ zu erschließen und ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen, was die Sicherheit Russlands gefährde.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/17/4065517_0:0:3165:1780_1920x0_80_0_0_f13d99c167778fe1e06b5cece45d3f16.jpg

Dan-news.info: **In Donezk fand heute eine Trauerkundgebung am „Denkmal für die getöteten Energietechniker“ am Schewtschenko-Boulevard statt**, an dem die Führung des Kohle- und Energieministeriums der DVR und großer Energieunternehmen sowie Freunde und Verwandte der Toten teilnahmen. Es gab eine Schweigeminute für die durch die Kriegshandlungen getöteten Arbeiter und die Anwesenden legten Blumen am Denkmal nieder. „Wir verneigen uns vor allen, die bei der Arbeit starben, wir ehren das Andenken derer, die ihr Leben in unseren Schwierigen Kriegstagen an der Arbeitsfront gaben. Jeder von ihnen ist ein Held, vor dem man sich verneigen muss“, sagte der Minister Anatolij Nesterenko. „Das waren einfache Leute, die ihre berufliche Pflicht taten. Sie dachten nicht darüber nach, ob jemand schießt, dass Kriegshandlungen stattfinden. Sie taten einfach ihre Arbeit, gaben den Menschen Strom und Wärme in ihre Häuser. Ehren und Lob ihnen. Das einzige, was wir für sie tun können, ist, uns an sie zu erinnern. Denn die Erinnerung besiegt sogar den Tod“, sagte der stellvertretende Generaldirektor der Regionalen Energielieferungsgesellschaft Taras Kowal.

Seit 2014 starben acht Mitarbeiter von Energiebetrieben der DVR bei der Ausführung ihrer dienstlichen Pflichten, weil sie bei der Wiederherstellung der Stromversorgung unter das Feuer der ukrainischen Streitkräfte oder auf Minen gerieten. Mehr als zehn wurden verletzt.



https://dan-news.info/storage/c/2017/12/22/1623088509_419185_61.jpg

de.rt.com: **WHO soll Daten zu Sputnik V bis Ende Dezember erhalten**

Wie ein Vertreter der Weltgesundheitsorganisation mitteilte, soll die Behörde die aktuellsten Daten zum russischen Impfstoff Sputnik V bis Ende Dezember erhalten. Inspektionen der Produktionsstätten des Vakzins seien für Februar 2022 geplant.

Laut Rogério Gaspar von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde das Verfahren zur Prüfung des russischen Antrags "neu aufgenommen". Es gäbe derzeit zwei Fristen, hieß es. Der erste Teil der jüngsten klinischen Daten soll bis zum 30. Dezember eingereicht werden, der zweite bis Ende Januar. Mit Inspektionen der Produktionsstätten könne voraussichtlich im Februar begonnen werden.

Dass die WHO Sputnik V im ersten Quartal 2022 genehmigen könnte, hatte zuvor der Europadirektor der WHO Hans Kluge angekündigt. Er betonte, dass sich der Gesundheitssektor aus der Politik heraushalten sollte, auch im Hinblick auf Impfstoffe. Das Herstellungsland von Vakzinen dürfe ihm zufolge keine entscheidende Rolle spielen.

Auch Kremlsprecher Dmitri Peskow brachte seine Hoffnung auf eine Anerkennung von Sputnik V in den kommenden Monaten zum Ausdruck. Es brauche eben Zeit, um alle Abstimmungsprobleme aus dem Weg zu räumen, sagte der Sprecher.

Sputnik V ist weder von der WHO noch von der europäischen Behörde EMA zertifiziert. Das in Russland entwickelte Vakzin ist derzeit in 71 Ländern zugelassen, in Europa sind es zum Beispiel Länder wie Ungarn oder San Marino.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c19d8a48fbef18ec2a8a1b.jpg>

snanews.de: **USA zeigen Gesprächsbereitschaft beim Thema Sicherheitsgarantien – Lawrow**

Nach Aussage des russischen Außenministers, Sergej Lawrow, zeigt sich die US-Regierung zu Gesprächen über Sicherheitsgarantien bereit. Im momentan schwierigen Verhältnis westlicher Staaten zu Russland hat das Außenministerium in Moskau den USA und der Nato solche Garantien angeboten.

Die Bereitschaft der USA zur Aufnahme eines bilateralen Dialogs über das Verhältnis Russlands und der Nato habe man vor Augen, sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz am heutigen Dienstag. Ein Ausdruck dieser Gesprächsbereitschaft sei das heutige Telefonat zwischen dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Jake Sullivan, und seinem russischen Kollegen Juri Uschakow, dem außenpolitischen Berater des russischen Präsidenten. Das Telefonat sei „eine Antwort auf Russlands Angebot, allerdings eine Antwort in Hinsicht auf den organisatorischen Teil“, so der russische Außenminister.

Eine Einigung darüber, in welcher Form der Dialog stattfinden soll, sei also erzielt worden.

Nun komme es darauf an, den Dialog aufzunehmen. „Es gibt eine Einigung zum Format und auch eine Einigung über die Behörden, die bei diesen Verhandlungen vertreten sein werden. Das Wichtigste ist jetzt, dass diese Verhandlungen in praktischer Hinsicht beginnen“, so Lawrow. Dabei sei die russische Führung selbstverständlich auch dazu bereit, über die Sicherheitsorgen der Vereinigten Staaten zu sprechen, nur seien solche Sorgen bisher nicht vorgetragen worden.

Moskaus Sicherheitsangebot – ein Thema für die OSZE

Das Außenministerium in Moskau hatte am vergangenen Freitag Entwürfe von Sicherheitsverträgen an die USA und die Nato gerichtet. Die vorläufigen Dokumente enthalten Sicherheitsgarantien, wonach die nordatlantische Allianz fortan auf die Erweiterung in den Osten und die Aufnahme ehemaliger Sowjetrepubliken verzichten soll. Damit einhergehend soll das westliche Militärbündnis auch seine militärischen Aktivitäten in Osteuropa, in der Ukraine, im Südkaukasus sowie in Zentralasien einstellen. Diese Vorschläge nicht zu beachten, könnte laut dem russischen Außenministerium zu einer erneuten Zuspitzung der momentanen Konfrontation führen.

Dieses Sicherheitsangebot der russischen Regierung soll laut Lawrow auch in der OSZE thematisiert werden: „Wir haben auch eine Verständigung darüber, dass diese Fragen auf einer bestimmten Etappe mit der gebotenen Ernsthaftigkeit innerhalb der OSZE behandelt werden müssen“, denn innerhalb dieser Organisation „haben die euroatlantischen Länder auf höchster Ebene die Grundlagen der gleichen und unteilbaren Sicherheit besiegelt“. Mit ihren Unterschriften hätten sich alle OSZE-Mitglieder dazu verpflichtet, ihre eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu festigen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/08/11/3253222_0:0:3106:1748_1920x0_80_0_0_8f52fdf55fe1b93f0c65ba5d65b13530.jpg

snnews.de: **Weltweit größte Lieferung: Venezuela erhält sieben Millionen Dosen „Sputnik Light“**

Nach Angaben des russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) sind sieben Millionen Dosen des Impfstoffs Sputnik Light gegen das Coronavirus nach Venezuela geliefert worden. Dies ist die weltweit größte einmalige Lieferung des Einzeldosis-Impfstoffs.

„Sputnik Light“ ist die erste Komponente des weltweit ersten Corona-Impfstoffs „Sputnik V“, der vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie auf der Grundlage einer adenoviralen Plattform entwickelt wurde. Der Impfstoff wurde bereits in mehr als 20 Ländern als eigenständiger Einzeldosis-Impfstoff und als universeller Booster für andere Impfstoffe registriert (unter anderem in Argentinien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain, auf den Philippinen und in San Marino).

Der Einzeldosis-Impfstoff „Sputnik Light“ hat eine hohe Effizienz sowohl als eigenständiger

Einzelndosis-Impfstoff als auch als Booster-Impfung gezeigt. Eine Wirksamkeit von 70 Prozent gegen eine Infektion mit der Delta-Variante geht aus einer Analyse des Gamaleja-Forschungszentrums hervor. In der Altersgruppe von bis zu 60 Jahren zeigte das Vakzin eine Effizienz von mehr als 75 Prozent.

Die in mehreren Ländern veröffentlichten Daten bestätigten die hohe Sicherheit und Wirksamkeit von „Sputnik Light“ bei der Impfung der Bevölkerung. Insbesondere Daten des Gesundheitsministeriums der Provinz Buenos Aires (Argentinien) zeigten eine Wirksamkeit von 78,6-83,7 Prozent von Sputnik Light bei der Impfung älterer Menschen.

Eine Studie in Argentinien zur Bewertung der kombinierten Anwendung von Sputnik Light und Impfstoffen von AstraZeneca, Sinopharm, Moderna und Cansino habe gezeigt, dass Sputnik Light ein wirksamer universeller Booster-Impfstoff sei. Jede Kombination („Impfstoffcocktail“) mit Sputnik Light lieferte am 14. Tag nach der Injektion der zweiten Dosis einen höheren Antikörpertiter – im Vergleich zu Impfungen, bei denen dasselbe Präparat als erste und zweite Dosis gespritzt werde, so der RDIF.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/09/3522678_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_a3a5df39b26a9d52d209122043a3b416.jpg

de.rt.com: **Russland erwartet internationale Anerkennung des Genozids am Sowjetvolk im Zweiten Weltkrieg**

Die demographischen Folgen des Vernichtungskrieges hat die Bevölkerung der ehemaligen Sowjetunion bis heute nicht überwunden. Aber nicht nur das treibt jetzt Russland an, den Russlandfeldzug im Zweiten Weltkrieg juristisch als Akt des Genozids anerkennen zu lassen. Während ihres Großen Vaterländischen Krieges gegen den Überfall Nazideutschlands verlor die Sowjetunion verschiedenen Quellen zufolge zwischen 13,5 und 18 Millionen Zivilisten, während sich die Gesamtzahl der Kriegstoten auf ca. 27 Millionen Menschen der früheren Sowjetunion beläuft. Experten von der Russischen Historischen Gesellschaft tendieren aufgrund detaillierter Analysen zu einer Zahl von 18 Millionen ziviler Bürger, die Opfer "feindlicher Kampfeinwirkung" und vorsätzlicher Vernichtung durch die Hitler-Invasoren und deren Verbündete wurden. Der Politiker der Regierungspartei "Einiges Russland" Dmitri Puschkow, ein langjähriges Mitglied des Obersten Rates, sieht es an der Zeit, die Frage der Anerkennung dieses vier Jahre andauernden Massakers als Genozid auf internationaler Bühne anerkennen zu lassen:

"Wir können auf internationaler Ebene die Frage der Anerkennung stellen, denn es ist unmöglich, diese Tatsache zu widerlegen (...) Es gibt zahlreiche Belege für die gezielte Vernichtung der friedlichen Bevölkerung. Und das ist Völkermord", sagte er in einer Sendung bei Radio Westi FM.

Er betonte, dass die Opferzahlen des sowjetischen Volkes zahlenmäßig die Opferzahlen

anderer Völker um ein Vielfaches übertreffen. "Sie wurden aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum sowjetischen Volk getötet, als Bürger der Sowjetunion". Er sagte, dass das russische Ermittlungskomitee und die Generalstaatsanwaltschaft derzeit ernsthaft an der Klärung der Umstände der Massenerschießungen arbeiten.

Die ersten Resultate dieser Arbeit lieferte ein Gerichtsbeschluss im Oktober 2020 im Nowgoroder Gebiet im Nord-Westen Russlands. Die Massenhinrichtungen von fast viertausend Zivilisten am Ort Shestjanaja Gorka durch Nazi-Einsatzkommandos und Hilfspolizei sind nun als Genozid an der Sowjetbevölkerung anerkannt worden.

Die Ermittlungsarbeit ist darauf gerichtet, die Täter deren Opfern namentlich zuzuordnen. "Wir müssen uns jeden Fakt vornehmen, jeden Namen. Und klären, wer für Akte des Genozids verantwortlich war. Denn heute erklären sich einige Länder zu Opfern des Naziregimes, obwohl sie in Wirklichkeit Verbündete Deutschlands waren", schrieb der Berater des Präsidenten und Ex-Kulturminister Wladimir Medinski in einem ausführlichen Aufsatz, der auch von RT DE übersetzt und veröffentlicht wurde.

Es habe im Zweiten Weltkrieg drei von der UNO international anerkannte Völkermorde gegeben – an den Juden (6 Millionen Opfer), den Sinti und Roma (mindestens 200.000 bis womöglich 1,5 Millionen) sowie an den Serben (zwischen 200.000 bis 800.000 Menschen), aber nicht für die systematische Vernichtung der nichtjüdischen Sowjetbevölkerung. Er weist auch auf gewaltiges "demografisches Echo des Krieges" und indirekte Verluste der Bevölkerung in Höhe von weiteren geschätzten 23 Millionen hin. Zu dieser Gruppe gehören vor allem zu früh verstorbene Kriegsversehrte sowie infolge der Kriegsleiden Ungeborene. Aber es geht nicht nur um diese erdrückenden Zahlen. Schließlich haben die Sowjetunion selbst und später auch Russland über Jahrzehnte keine Schritte für Anerkennung dieses Genozids unternommen. Das hatte vor allem damit zu tun, dass Tausende der Täter als Angehörige der Hilfspolizei und sonstigen mit den deutschen Nazis kollaborierenden Formationen aus der unmittelbaren Nachbarschaft stammten. Schließlich wollte man den sozialen Frieden und die Völkerfreundschaft nicht durch eine vollständige Aufarbeitung dieser Verbrechen gefährden. Jetzt haben sich diese Zeiten geändert:

"Jetzt findet ein totaler Kampf um alles statt – um Politik, Geschichte, Ideologie. Niemals wurde die Rolle unseres Landes in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges so angezweifelt wie jetzt. Jetzt gibt es [juristische Dokumente](#), die unsere Rolle im Zweiten Weltkrieg anzweifeln! Wenn wir beweisen, dass es den Genozid am sowjetischen Volk gab, dann ist es unmöglich, länger diese Rolle zu widerlegen", argumentiert Senator Puschkow.

Auch im Hinblick auf die radikale Wende in der ukrainischen Geschichtspolitik sei das wichtig. Er weist auf die Tendenz hin, durch einen ethnisch gefassten Opferdiskurs gewisse Opferhierarchien im Geschichtsbewusstsein etablieren zu wollen. Die Forderung der Ukraine an Deutschland, ein Denkmal nur für die ukrainischen Opfer des Zweiten Weltkrieges zu errichten, gehört beispielsweise dazu.

"Dieser Versuch, unsere Völker zu spalten, wird in der Ukraine besonders deutlich. Wir haben gemeinsame Opfer. Wenn wir über den Völkermord am sowjetischen Volk sprechen, sprechen wir über die Tatsache, dass wir gemeinsam gekämpft haben, dass wir gemeinsam die Welt vor dem Faschismus gerettet haben und dass wir gemeinsam Opfer gebracht haben", sagt Puschkow.

Der Politiker nannte keine weiteren juristischen Schritte Russlands oder geplanten Parlamentsbeschlüsse, die auf internationale Anerkennung des Genozids abzielen würden. Aber die gesellschaftliche Arbeit an diesem Vorhaben ist spürbar. Es wurde eine offizielle Petition auf der Webseite chande.org gestartet – mit bislang 33.000 Unterschriften. Juristische Vereinigungen leisten dabei Vorarbeit. Die Durchsicht dieser Dokumente zeigt: Russische Historiker, Politiker und Juristen sprechen in dieser Frage mit einer Stimme.

Die Anerkennung sei keine juristische Formalität, sondern eine moralische Verpflichtung gegenüber den unschuldig Getöteten, schreibt Denis Sadownikow, der Vorsitzende der

Kommission für das juristische Erbe des Zweiten Weltkriegs in einem Aufsatz. "Lieber spät als niemals", betont der Jurist. Auch er sieht in der Anerkennung des Genozids eine Rettungsaktion für "das fortwährende juristische Erbe des Zweiten Weltkriegs", das angesichts der "vielfältigen Verfälschungsversuche und Manipulation der öffentlichen Meinung" gefährdet sei.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.12/article/61c1059648fbef4c7d54cc33.jpg>

abends:

denis-pushilin.ru: **Kiew ist bereit, nicht nur Einwohner der DVR und der LVR sondern auch die eigenen Bürger, die auf dem von ihm kontrollierten Territorium leben, zu opfern**, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin gegenüber dem Radiosender „Goworit Moskwa“ als Kommentar zur Erklärung des Verteidigungsministers der RF Sergej Schojgu, dass amerikanische private Militärkompanien eine Provokation mit chemischen Komponenten vorbereiten. Denis Puschilin rief die Weltgemeinschaft auf, die Anwendung chemischer Waffen gegen die Zivilbevölkerung im Donbass nicht zuzulassen.

„In der Nähe der Kontaktlinie konzentrieren die bewaffneten Formationen der Ukraine weiter Kräfte und Mittel. Die Ukraine demonstriert nachdrücklich ihren Unwillen, mit uns einen Dialog zu organisieren. Eine Analyse der Lage an der Kontaktlinie zeugt von der Vorbereitung des Gegners auf neue Provokationen.

Wir rufen die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen und die internationalen Organisationen, die im Donbass auf dem Gebiet der Herstellung von Frieden arbeiten, auf, keinen Einsatz chemischer Waffen gegen die Bevölkerung zuzulassen. Die Ukraine versucht in unserem Land eine technologische und humanitäre Katastrophe zu schaffen, was zu nicht vorhersagbaren Folgen für die ganze Welt führen wird“, unterstrich das Oberhaupt der DVR. Kiew stimmt freiwillig solchen Experimenten zu und opfert die Bevölkerung des Donbass, unterstrich Denis Puschilin:

„Wir gehen mit aller Ernsthaftigkeit an die Erklärung des Verteidigungsministers der RF Sergej Schojgu, dass amerikanische private Militärkompanien eine Provokation mit chemischen Komponenten im Osten der Ukraine vorbereiten, heran. Dieses Land ist zu einem Übungsplatz für Experimente auswärtiger Player geworden und seine Einwohner zu Geiseln der Situation. Leider ist das offizielle Kiew, das auf seine sogenannten Partner eingeht, bereit, nicht nur die Einwohner der DVR und der LVR zu opfern, sondern auch die eigenen Bürger, die auf dem von ihm kontrollierten Territorium leben“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Er fügte hinzu, dass im Zusammenhang mit den nicht endenden Provokationen von Seiten der BFU in der Republik alle möglichen Vorsichtsmaßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Bürger ergriffen wurden, die Fähigkeit der Leitungsorgane und der Kräfte der Zivilverteidigung zu Aktivitäten zur Beseitigung von Folgen von außerordentlichen und

technogenen Situationen wird überprüft.